

Die Rechtsordnung der Weltwirtschaft

Das Konzept der Vereinten Nationen

Inhalt:

0. Ein Hinweis zur Aktualität der Thematik	1
1. Die Menschenrechte dienen dem Wohl aller Menschen.....	1
2. Die Wirtschaft und die Position der Vereinten Nationen	3
3. Der Schutz der Lebensgrundlagen und der Lebensqualität sollte Priorität haben	6

Anmerkung: Die Fußnoten enthalten Belege, Begründungen, Erklärendes und Hinweise auf weiterführende Literatur. Bitte, beachten Sie auch diese. Denn Sie können dort besonders Wichtiges und Interessantes entdecken.

0. Ein Hinweis zur Aktualität der Thematik

Bereits der Begründer der klassischen Nationalökonomie, der Moralphilosoph Adam Smith (1723-1790), hielt es für selbstverständlich, dass wirtschaftliches Handeln bewusste sorgfältige Regulation erfordert, um dem Allgemeinwohl gerecht zu werden und nicht außer Kontrolle zu geraten. Um zuverlässig abschätzen zu können, was politisch und wirtschaftlich angemessen und geboten ist, sind Kenntnisse und Einsichten zu den Naturgegebenheiten in Form naturwissenschaftlicher Bildung unverzichtbar. Wo es an solcher Bildung mangelt, wird quasi im Blindflug gehandelt. Zwangsläufig führte dieser Mangel zum Verheeren der Erde, in zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen, in die heutige *Globalisierungskatastrophe*.

1. Die Menschenrechte dienen dem Wohl aller Menschen

Rechtsvorstellungen und Rechtsordnungen unterscheiden sich weltweit in den Staaten angesichts unterschiedlicher regionaler und geschichtlicher Entwicklungen, Religionen, Weltanschauungen, Wertorientierungen und Bildungsangebote. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten und Konflikte in der internationalen Zusammenarbeit.¹ Denn was in einem Staatsterritorium erwünscht ist, als wertvoll gilt und gefördert wird, kann bereits in der unmittelbaren Nachbarschaft als unangemessen, verboten und strafbar angesehen werden. Um reibungsloses und konstruktives Handeln zu erleichtern, wurden 1945 die Organisationen der Vereinten Nationen (UNO) gegründet. Sie setzen sich für die Beachtung einer weltweit *einheitlichen* Rechtsordnung ein.² Diese beruht auf der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948.³

¹ Von einer überwiegend *geisteswissenschaftlich-hermeneutisch-philosophischen Perspektive* ausgehend waren die „Züricher Gespräche“ (1976-2011) erfolgt. Siehe hierzu: Hugo Schmale, Marianne Schuller, Günther Ortman (Hrsg.): *Ortlose Moral. Identität und Normen in einer sich wandelnden Welt*. Wilhelm Fink Verlag, München 2011.

Davon zu unterscheiden ist die *ortlose universell-naturwissenschaftliche funktionale Perspektive*. Diese beruht maßgeblich auf Albert Einsteins Relativitätstheorie, Werner Heisenbergs Quantentheorie und Unschärferelation sowie der Verantwortungsethik des Organisations- und Religionssoziologen Max Weber und der ethisch-moralischen Stufentheorie des Erziehungswissenschaftlers Lawrence Kohlberg. Siehe hierzu:

Thomas Kahl: Es gibt verschiedene Formen rechtlichen Vorgehens: konstruktive und kriminell-destruktive. Zur Orientierung verhilft die ethisch-moralische Stufentheorie von Lawrence Kohlberg.

www.imge.info/extdownloads/EsGibtVerschiedeneFormenRechtlichenVorgehens.pdf

Zur Haltung des Autors dieses Textes siehe: Thomas Kahl: Die Position der Rechtswissenschaft in der *modernen* Ordnung der Wissenschaften. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017. S. 48-55.

² Thomas Kahl: Initiativen zur Unterstützung der globalen Rechtsordnung der Vereinten Nationen. Vortrag anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) e.V. in Stuttgart am 15. Oktober 2017 <https://youtu.be/0aswL5B2I-w> Ferner siehe dazu www.globale-ordnung.de

³ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III) 10.12.1948
www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf

Die erhofften Erfolge ließen sich noch nicht erreichen. Denn weltweit folgt die Organisation des gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens überwiegend militärischen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungsstrategien sowie Bildungsprogrammen, die noch nicht zielstrebig auf das Allgemeinwohl und die Optimierung der Lebensqualität ausgerichtet wurden.⁴ Als hinderlich wirkt sich die Vorstellung aus, die Menschenrechte richteten sich gegen das Handeln der Vertreter*innen staatlicher und religiöser Instanzen und gegen deren Interessen. Diese Vorstellung war seit der Zeitepoche der Aufklärung entstanden.⁵ Bis heute begünstigt sie die Ablehnung der Menschenrechtsordnung.

Bei genauer Betrachtung erweist sich diese Ablehnung als unangemessen. Entgegen verbreiteter Meinung sind die Menschenrechte nicht erst eine Errungenschaft europäisch-amerikanischen Denkens der Aufklärungszeit. Bereits die *Zehn Gebote*⁶ entsprachen den Kerngedanken der (Menschen-)Rechtsordnung: Sie enthalten etliche Anweisungen zur Lebensführung und zum Umgang von Menschen miteinander, die damals sinnvoll und zweckmäßig erschienen. Die Menschenrechte können und sollen Menschen dazu verhelfen, gut miteinander *zurecht* zu kommen. Sie fordern dazu auf, einander möglichst keine Schädigungen zuzufügen. Das gebietet praktische Vernunft (Immanuel Kant⁷). Solche Vernunft ist generell sinnvoll; sie beruht auf Naturgegebenheiten, *nicht* auf Konzepten von Staatlichkeit oder Religion.

Dass und wie eine dazu passende Erziehung und Bildung gelingen kann, beweisen die weltweit recht gut befolgten Straßenverkehrsordnungen: Hier herrschen Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle Teilnehmer*innen: Mal hat man selbst Vorfahrt, mal andere. Gefordert sind ständige Vorsicht und Rücksicht, damit niemand „geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“⁸

Missachtungen und Übertretungen von Menschenrechten werden begünstigt, wenn diese Rechte in einer Weise dargestellt werden, die

- (1.) missverständlich und irreführend ist,
- (2.) den Nutzen der Menschenrechte zu wenig erkennen lässt und
- (3.) nicht zeigt, wie es gelingt, sie *mit Leichtigkeit* zu befolgen.⁹

⁴ Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Berliner Wissenschafts-Verlag 2017, Abschnitt 2.4.2: Positionen, die von der Orientierung der Vereinten Nationen abweichen S. 167 ff.

⁵ Anlass dazu gab unter anderem die *Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789*. Diese war als Reaktion auf akutes Staatsversagen (Dekadenz im Umkreis von Ludwig XVI.) formuliert worden: „Da die Vertreter des französischen Volkes, als Nationalversammlung eingesetzt, erwogen haben, dass die Unkenntnis, das Vergessen oder die Verachtung der Menschenrechte die einzigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Verderbtheit der Regierungen sind, haben sie beschlossen, die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte der Menschen in einer feierlichen Erklärung darzulegen, damit diese Erklärung allen Mitgliedern des gesellschaftlichen Körpers beständig vor Augen ist und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der gesetzgebenden wie der ausübenden Macht in jedem Augenblick mit dem Endzweck jeder politischen Einrichtung verglichen werden können und dadurch mehr geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger, fortan auf einfache und unbestreitbare Grundsätze begründet, sich immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Allgemeinwohl richten mögen....“ G. Franz: Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung. München 1950, Neuauflage 1964, S. 286 ff.

⁶ Exodus 20, 1-21, Levitikus 19, 11-18

⁷ Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. 1795 https://de.wikipedia.org/wiki/Zum_ewigen_Frieden

⁸ § 1 StVO

⁹ Anleitungen dazu enthalten zum Beispiel die Weltbestseller des US-amerikanischen Kommunikations- und Motivationstrainers Dale Carnegie (1888-1955), etwa sein Buch *How to Win Friends and Influence People*. 1936 (dt: *Wie man Freunde gewinnt: Die Kunst, beliebt und einflussreich zu werden*. Scherz-Verlag 48. Aufl. 2003) https://en.wikipedia.org/wiki/Dale_Carnegie <https://mostlytruestoriesofkrenaep.com/2015/08/19/the-odd-couple/>

Die Menschenrechte enthalten Regeln für einvernehmlichen, fairen und konfliktfreien Umgang. Sie unterstützen die Gesundheit¹⁰ und die menschliche Entwicklung sowie die Vermeidung von nicht erwünschtem (= verletzendem, verbrecherischem) Handeln. Ihre Einhaltung fördert die menschliche Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Sie benachteiligt niemanden gegenüber Anderen. Damit bilden die Menschenrechte die Grundlage jeder vernünftigen rechtsstaatlichen Ordnung.

2. Die Wirtschaft und die Position der Vereinten Nationen

Jede vernünftige Rechtsordnung ist auf den Schutz des Lebens der Menschen und auf ihr Wohlergehen („the pursuit of happiness“¹¹) ausgerichtet.¹² Dementsprechend hielt es der schottische Moralphilosoph und Aufklärer Adam Smith (1723-1790) als Begründer der klassischen Nationalökonomie für selbstverständlich, dass wirtschaftliches Handeln bewusste sorgfältige Regulation erfordert, um dem Allgemeinwohl gerecht zu werden und nicht außer Kontrolle zu geraten.¹³ Gemäß Adam Smith führt das vom Staat möglichst nicht gesteuerte freie Handeln des Einzelnen zugunsten seines eigenen individuellen Glücks nur dann zu nachhaltigem Erfolg, wenn *moralisch* bzw. im Hinblick auf die Folgen *verantwortungsbe-*
wusst gehandelt wird: aufgrund von Sympathie für die Mitmenschen und in bewusster Berücksichtigung ihrer individuellen Stärken und Schwächen.¹⁴ Wie viele Vertreter*innen der

¹⁰ Thomas Kahl: Der politisch-gesellschaftliche Nutzen der Achtung der Würde des Menschen sowie von Psychotherapie/Coaching. www.imge.info/extdownloads/NutzenDerWuerde.pdf

Thomas Kahl: Die Maßnahme „Optimierung der gesundheitlichen Versorgung (OgV)“. Gesundheit ist ein Menschenrecht und sollte deshalb kostenlos erhältlich sein.

www.imge.info/extdownloads/DieMassnahmeOptimierungDerGesundheitlichenVersorgung.pdf

¹¹ „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“

„Jefferson declared himself an Epicurean during his lifetime: this is a philosophical doctrine that teaches the pursuit of happiness and proposes autarchy, which translates as self-rule, self-sufficiency or freedom.“

https://en.wikipedia.org/wiki/Life,_Liberty_and_the_pursuit_of_Happiness

¹² Siehe die Erklärung des Wissenschaftsrats: Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situation, Analysen, Empfehlungen. Hamburg 2012. www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2558-12.pdf

Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

¹³ Zur Bestätigung dieser Sicht trug der naturwissenschaftlich ausgerichtete US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith (1908-2006) bei, der als Präsidentenberater von Roosevelt bis Clinton zu den einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts gehörte: In seinem Buch „Gesellschaft im Überfluss“ (The Affluent Society 1958) stellte Galbraith heraus, dass in den USA ein Überangebot an Konsumgütern eingetreten war, bei gleichzeitigen Mängeln in der Versorgung mit öffentlich angebotenen Infrastrukturen und Dienstleistungen. Angesichts dessen hielt Galbraith in der staatlichen Wirtschaftspolitik und in den Wirtschaftsunternehmen ein grundsätzliches Umdenken und eine Neuausrichtung des Handelns für erforderlich. Denn ein nicht bewusst sorgfältig gesteuertes und kontrolliertes Wirtschaften werde sich verheerend auf die Umwelt auswirken, damit auch auf die menschliche Lebensqualität. Damals sah Galbraith Wesentliches von dem voraus, was der *Club of Rome* 1972 zu den „Grenzen des Wachstums“ mitteilte. – Galbraith’s Empfehlungen dazu stießen jedoch auf wenig Sympathie. Sie passten nicht zur Ausrichtung der US-Politik im Kalten Krieg: Freiheitliche *westliche* Demokratie erschien als unvereinbar mit staatlich dirigiertem Wirtschaften. Vgl. hierzu: Thomas Kahl: Die üblichen Formen repräsentativer Demokratie stehen konstruktiven Reformen im Wege. In: Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zu erfolgreichen Reformen?

<http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf>

¹⁴ Zur optimalen Wirtschaftsführung siehe Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Berliner Wissenschafts-Verlag 2017, S. 275 ff.

Grundlegend sind die Schriften von Adam Smith *The Theory of Moral Sentiments*. 1759 (dt.: *Theorie der ethischen Gefühle*. übers. u. hrsg. v. Walther Eckstein. Meiner, Hamburg 2004 sowie *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 1776 (dt.: *Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker*), UTB, 2005.

Aufklärung war auch Adam Smith von der Zweckmäßigkeit der naturkundlich-technischen Handwerker-Ethik des Zimmermannssohnes Jesus von Nazareth überzeugt und geprägt.

Wenn und wo Lebensgegebenheiten *unübersichtlich* (geworden) sind, erweisen sich häufig der Überblick und die Fähigkeiten des Einzelnen als unzulänglich. Die individuelle Selbststeuerung¹⁵ bedarf dann der Unterstützung. Dazu können Navigationshilfen dienen, etwa in Form sorgfältiger staatlicher Maßnahmen der Regulation, zum Beispiel gesetzgeberischer, bildungs-, informations- und finanzpolitischer Art.¹⁶ Jedoch erschweren und gefährden vielfältige Konflikte in der *heutigen globalisierten* Welt die internationale Zusammenarbeit. Hier treten Verständigungsschwierigkeiten auf, die an die biblische Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnern. Allzu viele Menschen sind nicht mehr in der Lage, die Folgen ihres Tuns einnigermäßen zutreffend abzuschätzen und auszurichten. Mithin wird quasi im Blindflug gehandelt, ohne ein zuverlässiges Navigationssystem. Das führte zwangsläufig zum Verheeren der Erde, in zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen, in die heutige *Globalisierungskatastrophe*: Terroristisches, despotisches und kriminelles Handeln wurde vorherrschend. Politiker*innen und Unternehmer*innen sind überfordert damit, lediglich *anhand ihrer eigenen Mittel* allen Gegebenheiten und Entwicklungen auf unserem Planeten in angemessener Weise Rechnung zu tragen und auf Grund dessen vorausschauend nachhaltig zu handeln.

Im Unterschied zu staatlichen Regierungen verfügen die Vereinten Nationen als *Nichtregierungsorganisation* tendenziell über einen umfassenderen Überblick und über mehr wissenschaftlich fundierten Sachverstand.¹⁷ Sie haben nicht, so wie Staatsregierungen, eine eigenständige Exekutivmacht zur Hand, um Gegebenheiten und Abläufe zu regulieren und zu korrigieren, die erkennbar außer Kontrolle geraten können oder bereits geraten sind. Deshalb beschränken sie sich häufig darauf, Informationen und Empfehlungen zu verbreiten sowie staatliche Zustimmung dazu anzustreben. Staatsregierungen haben stets die Freiheit, diese zu beachten und ernst zu nehmen, sie zu ignorieren oder ihnen bewusst zuwider zu handeln. Leider werden Vereinbarungen häufig auch von Staaten, die sich vertraglich zur Einhaltung verpflichtet haben, praktisch nur sehr unzulänglich umgesetzt. Denn generell lässt sich bei Regierungen nur eine geringe Bereitschaft erkennen, sich an abgeschlossene Verträge oder sonstige Regeln gewissenhaft gebunden fühlen zu wollen.

Das gilt auch angesichts unbestreitbar vernünftiger Anliegen, zum Beispiel denen der *UN-Kinderrechtskonvention* von 1989. Diese war im Hinblick auf die Gegebenheiten der Globalisierung formuliert worden, um friedliche Vorgehensweisen zur Konfliktbewältigung und zweckmäßige Bedingungen zur Erziehung, Bildung und Entwicklung zu begünstigen.¹⁸ Ihr liegt die Selbstverständlichkeit zugrunde, dass die Zukunft der Menschheit dem Untergang ausgeliefert wird, falls die Erwachsenen ihr Wohl auf Kosten und zum Nachteil der Kinder, also der nachfolgenden Generationen, verfolgen.¹⁹ Denn geschwächte, hoffnungslos gemachte „kaputte“ Kinder werden leistungsmäßig versagen.

¹⁵ Joachim Bauer: Selbststeuerung: Die Wiederentdeckung des freien Willens. Karl Blessing Verlag 2015

¹⁶ So argumentierte der US-amerikanische Ökonom, Präsidentenberater und Diplomat John Kenneth Galbraith: John Kenneth Galbraith *The Affluent Society*. 1958. (dt.: *Gesellschaft im Überfluss*. Droemer Knaur 1959–1973).

¹⁷ Thomas Kahl: Die UNO ist kompetenter als Merkel/Sarkozy. Unter ihrem Rettungsschirm können zukünftig alle unbesorgter leben. www.imge.info/extdownloads/DieUNOistKompetenter.pdf

¹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Kinderrechtskonvention>
www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/358176/publicationFile/3609/UNkonvKinder1.pdf

¹⁹ Thomas Kahl: Die Beachtung der Eltern- und Kinderrechte gewährleistet die Sicherstellung der Zukunft der Menschheit. <http://youtu.be/DiQ1CFO8fkE>

Thomas Kahl: Die Gretchen-Frage von Greta Thunberg lautet: *Wie könnt Ihr es wagen, kristallklare naturwissenschaftliche Wahrheiten zu ignorieren?*

www.imge.info/extdownloads/Die-Gretchen-Frage-von-Greta-Thunberg.pdf

Demgegenüber verfolgt(e) die Regierung der USA andere Prioritäten. Auf nachhaltiges und zukunftsträchtiges Vorgehen scheint sie wenig Wert zu legen: Weltweit war sie die einzige mit dem Mut, offiziell kundzutun, dass sie nicht bereit war, dieser Konvention zuzustimmen. Anscheinend macht es ihr wenig aus, unübersehbar und eindeutig als dümmste Regierung der Welt angesehen zu werden. Andere Regierungen, zum Beispiel die Deutsche, legen mehr Wert auf ein positives Image. „Deutschland“ stimmte dieser Konvention nach einigem Zögern zu.²⁰ Wenn „unsere“ Regierung danach konsequent umgesetzt hätte, wozu sie sich damit verpflichtet hat, so gäbe es hier viele Probleme und Sorgen nicht, die Politiker*innen, Unternehmer*innen und Bürger*innen heute belasten und verzweifeln lassen.²¹

²⁰ Mit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention verpflichteten sich Staatsregierungen zu Inhalten, Formen und Methoden des Lehrens und Lernens, die den individuellen Voraussetzungen, Bedürfnissen, Interessen und Begabungen aller Lernenden und Auszubildenden bestmöglich Rechnung tragen. Inhaltlich waren die Bildungsmaßnahmen ausdrücklich auf die Förderung friedlicher internationaler und interkultureller Verständigung und Zusammenarbeit ausgerichtet.

Als *kurios* erscheint die Haltung der Bundesregierung dieser Konvention gegenüber. Denn sie enthält im Wesentlichen nichts anderes als das, was schon Jahrzehnte vorher auf der Basis des Grundgesetzes in der Bildungsgesetzgebung der deutschen Bundesländer sowie von der Kultusministerkonferenz formuliert worden war. Siehe hierzu: Erklärung der Kultusministerkonferenz vom 25. Mai 1973 „Zur Stellung des Schülers in der Schule“ www.schule.de/301/403-1-1-5-73a.htm

Thomas Kahl: Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule zwischen dem Anspruch des Grundgesetzes und der Wirklichkeit. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung mit Hinweisen zur Auftragsbewältigung.

<http://www.imge.info/extdownloads/DerBildungsUndErziehungsauftragDerSchule.pdf>

In der Bildungspolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel war die Förderung von politischer Mündigkeit, sozialem Lernen, Chancengleichheit, Friedenspolitik, Beachtung der Menschenrechte und „Mehr Demokratie wagen“ als rechtlich verbindlich erklärt worden. Um die Voraussetzungen dafür in Deutschland zu schaffen, hatte das *UNESCO-Institut für Pädagogik* in Hamburg seit Anfang der 50er Jahre darauf hingewirkt, dass der *Gleichwertigkeit* aller Menschen im deutschen Bildungssystem angemessen Rechnung getragen wird.

Thomas Kahl: Initiativen des Hamburger UNESCO-Instituts zur Förderung menschenwürdiger demokratischer Vorgehensweisen. www.imge.info/extdownloads/InitiativenDesHamburgerUNESCOInstituts.pdf

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hatte die SPD die Einführung der Gesamtschule als „Regelschule“ gefordert. Aufbauend auf den gesetzlichen Grundlagen, insbesondere der Schulgesetzgebung in den deutschen Bundesländern, veröffentlichten Theodor Sander, Hans-G. Rolff und Gertrud Winkler 1967 ein Buch mit dem Titel „Die demokratische Leistungsschule“. Grundzüge der Gesamtschule. Schroedel Verlag 1982. Es war geeignet, eine Bildungsförderung einzuleiten, die den Kriterien der Vereinten Nationen gerecht werden kann. Die Einführung eines derartigen inklusiven Bildungssystems als „Regelschule“ be- und verhinderten mächtige Bürger*innen und Berufsgruppen über die CDU. Dazu gehörten insbesondere Ärzt*innen, Jurist*innen und Unternehmer*innen. Diese bestanden auf der Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems und auf einem Ausleseverfahren, von dem sie sich eine dauerhafte Absicherung ihrer Ansprüche auf Vorherrschaft gegenüber anderen Menschen erhofften.

²¹ „Klartext für Demokratie! – Offen und respektvoll, kompromissfähig und solidarisch denken und handeln!“ lautete das Motto des Wettbewerbs um den „Preis Politische Bildung“ 2017. Er wird seit 2009 vom Bundesausschuss Politische Bildung e.V. (bap) mit Unterstützung durch und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vergeben. Damit sollen Projekte und Veranstaltungen gewürdigt werden, die die demokratisch-politische Kultur in nachhaltiger Weise stützen und entwickeln helfen.

In der Ausschreibung wird deutlich, dass es nicht nur um eine routinemäßige Anerkennung konstruktiver Bildungsbemühungen geht. Es wird auf Sachverhalte hingewiesen, die den Eindruck erwecken können, die Demokratie sei in ihrem Bestand akut bedroht, sie müsse vor dem Untergang bewahrt werden:

„Die politische Großwetterlage kippt ins Demokratie-Skeptische, ja in Demokratieverachtung. In einem nennenswerten Teil Europas setzten sich populistische „postdemokratische“ PolitikerInnen und Regierungen immer stärker durch oder finden – wie bei uns in Deutschland – deutlich mehr Anklang. Autoritäres Handeln gewinnt in den öffentlichen Meinungen gegenüber demokratischer Entscheidungsfindung deutlich an Boden. In den digitalen Medien haben angesichts einer Masse von Wahrheitsverdrehung, Verschwörungstheorien und Häme argumentative Sachlichkeit, kritische Reflektion und der respektvolle Umgang mit einer anderen Meinung einen immer schwereren Stand.“

www.bap-politischebildung.de/preis-politische-bildung-3/bap-preis-politische-bildung-2017/

3. Der Schutz der Lebensgrundlagen und der Lebensqualität sollte Priorität haben

Um einigermaßen zuverlässig abschätzen zu können, was politisch und wirtschaftlich angemessen und geboten ist, sind Kenntnisse und Einsichten zu den Naturgegebenheiten in Form naturwissenschaftlicher Bildung unverzichtbar. Man sollte sich mit den Naturgegebenheiten gründlich auskennen, die dem Leben und dem menschlichen Handeln zugrunde liegen, um nicht Gefahr zu laufen, in gemeingefährlicher Weise zu entscheiden und zu handeln. Denn alles Natürliche ist empfindlich und (zer)störbar. Es bedarf sorgfältiger und sachkundiger Beobachtung, Pflege und Kultivierung. Wo nicht hinreichend für Verträglichkeit, Hygiene, Gleichgewichtszustände und Leistungsfähigkeit gesorgt wird, entstehen allzu leicht gegenseitige Behinderung und Unverträglichkeit, Zerstörung, Krankheitsepidemien und Dekadenz.²² Die Biologie und die Psychologie liefern neben der Landwirtschaft und der Heilkunde unverzichtbare Verständnisgrundlagen und zweckmäßige Strategien für produktives wirtschaftliches und politisches Arbeiten.²³

Zur Politik und zur Wirtschaft gehören neben der Produktion von Waren und Dienstleistungen auch der praktische Umgang und der Handel damit: das Anbieten und Verteilen von Waren und Dienstleistungen. Dieses erweist sich als ein extrem heikles Arbeitsfeld, das mit enormen Risiken und Anforderungen einhergeht. Denn hier muss stets der Deckel zum Topf passen: Das Angebotene muss geeignet sein, um jeweils aktuelle Bedürfnisse angemessen zu befriedigen. Andernfalls ist mit Unzufriedenheit, Reklamationen, Vertrauensverlust, Misstrauen und Streitigkeiten zu rechnen, die zu feindselig-kriegerischen Auseinandersetzungen und gerichtlichen Entscheidungen führen. – So lange sich die Produktionsunternehmen ganz selbstverständlich auf die Befriedigung des realen Bedarfs der Kund*innen ausgerichtet hatten, gab es noch nicht diejenigen Probleme, zu denen die *angebotsorientierte Unternehmensausrichtung*²⁴ geführt hat: Es kam zu einer riesigen Überproduktion bei nahezu allen Gütern und zu massenhaftem Wegwerfen und Vernichten einwandfreier Produkte, auch von Lebensmitteln, einer enormen Vergeudung kostbarer Energien und Ressourcen. Gleichzeitig verhungern Menschen, auch in Deutschland.

Destruktive Entwicklungen lassen sich über *Vertragsabschlüsse* nur unzulänglich verhindern. Oft verfolgen Vertragsparteien Vorteile auf Kosten und zum Nachteil von Vertragspartner*innen. Begegnen sich auf die Durchsetzung ihrer Position fixierte oder ungleich mächtige Personen oder Institutionen, so ist eine faire (= gerechte) Form der Bewältigung von Auseinandersetzungen kaum zu erwarten.

Thomas Kahl: Das Projekt „Demokratie global gemäß dem Grundgesetz verwirklichen!“ Eine Erinnerung an demokratische Politikkultur gemäß dem Rule of Law.

www.imge.info/extdownloads/DasProjektDemokratieGlobalGemaessDemGrundgesetzVerwirklichen.pdf

²² Thomas Kahl: Universelle Prinzipien verhelfen zu Allgemeinwohl, Frieden und Gerechtigkeit. Erfolg auf der Basis von Harmoniekonzepten.

www.imge.info/extdownloads/UniversellePrinzipienVerhelfenZuAllgemeinwohlFriedenUndGerechtigkeit.pdf

²³ Konrad Lorenz: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit. Serie Piper, München. 34. Aufl. 2009.

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_acht_Todsünden_der_zivilisierten_Menschheit

Wolfgang Wickler: Die Biologie der Zehn Gebote und die Natur des Menschen: Wissen und Glauben im Widerstreit. Springer 2014.

²⁴ Die *angebotsorientierte* Wirtschafts- und Geschäftspolitik bietet Unternehmen den Vorteil, weitgehend den „Bedarf“ ignorieren zu können, der von Geschäftspartnern / Kunden empfunden wird. Anstatt auf deren Bedürfnisse und Wünsche bezogen zu arbeiten, um diese zu befriedigen, so wie es bei der *Bedarfsorientierung* der Fall ist, werden diese bewusst unbefriedigt gelassen, also ausgehungert. Angeboten wird nun vor allem etwas, was Unternehmen hohe Gewinne einbringt, etwa über Folgekosten für die Kunden, weil es aus deren Sicht unzulänglich und unbefriedigend ist. Dazu gehört zum Beispiel der Einbau von „Sollbruchstellen“, um die Funktionsfähigkeit technischer Erzeugnisse zu verringern. Was sich finanziell nicht rentiert, wird nicht mehr angeboten. Gegen Großkonzerne, die so verfahren, haben Neuanbieter, die hier Marktlücken entdecken und befriedigen wollen, nur geringe Überlebenschancen. Diese lassen sich leicht aufkaufen und anschließend „liquidieren“.

Mit der Öffnung des Weltmarkts gerieten die Staaten und Wirtschaftsunternehmen in den 1990er Jahren in einen globalen Überlebenskampf gegeneinander ums. Es herrscht die Vorstellung, es gäbe keine Alternative dazu, sich hier gegenüber allen anderen so machtvoll und raffiniert²⁵ wie möglich durchzusetzen. Um die destruktiven Folgen dieser Ausrichtung, die inzwischen eingetretene *Globalisierungskatastrophe*, noch rechtzeitig abzuwenden, hatten die Vereinten Nationen zeitgleich die *Kinderrechtskonvention* als erlösende Alternative vorgelegt: Als vorrangig erweist der Schutz des *Lebens* gegenüber der Verfügungsmacht über *Geld*.²⁶ Alle Menschen können und sollen sich auf die Erhaltung und die Kultivierung der Lebensgrundlagen²⁷ zur Steigerung der Lebensqualität ausrichten, anstatt sich hauptsächlich auf finanzielle Gewinn- und Sparmöglichkeiten zu konzentrieren.²⁸

In seiner „Ruck-Rede“²⁹ hatte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog 1997 „die Deutschen“ auf Möglichkeiten hingewiesen, wie sie angesichts der wirtschaftlichen Globalisierungsentwicklung Erfolg versprechend vorgehen könn(t)en und soll(t)en: entsprechend den Anregungen der Vereinten Nationen. Im Vertrauen auf die Kraft und Macht der Vernunft hatte er diese Rede beendet mit den Worten: „Die besten Jahre liegen noch vor uns“. Die Bewältigung aller aktuellen Schwierigkeiten gelingt anhand des juristischen *Subsidiaritätsprinzips*³⁰. Es ist auf den gleichberechtigt-partnerschaftlichen Umgang miteinander ausgerichtet, auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde im verständnisorientierten Dialog,³¹ auf kollegiale Demokratie.³² Hinweise dazu enthält Herzogs Buch „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“.³³ Zwanzig Jahre später, kurz nach seinem Tod, erschien eine Ausarbeitung der Strategie dazu im Berliner Wissenschafts-Verlag BWV unter dem Titel: „Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen“³⁴.

²⁵ Thomas Kahl: Die Loverboy-Helfersyndrom-Strategie in der Politik und Wirtschaft. Ausgefeilte Psychotricks erleichtern den Missbrauch von Vertrauen und Macht

www.imge.info/extdownloads/DieLoverboyHelfersyndromStrategie.pdf

²⁶ Thomas Kahl: *Homo sapiens* entartete zu *Homo oeconomicus*. Ein Beitrag zum Verständnis unserer Lebensumstände und zum Allgemeinwohl.

www.imge.info/extdownloads/HomoSapiensEntarteteZuHomoOeconomicus.pdf

²⁷ Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

²⁸ Thomas Kahl: Für unsere globalen Probleme reichen die finanziellen Mittel nicht. Empfehlungen zu Nützlichem und Wünschenswertem.

www.imge.info/extdownloads/Fuer-globale-Probleme-reichen-finanzielle-Mittel-nicht.pdf

Thomas Kahl: Wo Rivalität vernichtet, können Rechts- und Bildungsmaßnahmen retten. Demokratische Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit als Basis globaler Zusammenarbeit (Global Governance).

www.imge.info/extdownloads/WoRivalitaetVernichtetKoennenRechtsUndBildungsmassnahmenRetten.pdf

Dieser Ansatz geht unter anderem auf John Kenneth Galbraith (s.o. Fußnoten 13 und 16) zurück.

²⁹ http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html

³⁰ Zur Funktion des Subsidiaritätsprinzips siehe den Abschnitt „Politik-Management gemäß dem rule of law und dem Subsidiaritätsprinzip: Die globale Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen“. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. 2017, S. 269 ff.

Thomas Kahl: Die Logik optimaler Kooperation (Global Governance). Das Konzept der Vereinten Nationen: Politik und Wirtschaft sorgen für optimale Lebensqualität.

www.imge.info/extdownloads/DieLogikOptimalerKooperation.pdf

³¹ So argumentierte der jüdische Philosoph Martin Buber: Ich und du. 1923. Reclam 1995 (Nr. 9342)

³² www.kollegiale-demokratie.de

³³ Roman Herzog: Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie. Siedler Verlag 2014

³⁴ Internetseite www.die-besten-jahre-liegen-noch-vor-uns-leipziger-buchmesse.de/index.php

Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Der Weg zu einer friedliebenden Gesellschaft – über Maßnahmen und Reformen hin zu einer besseren Zukunft. Vortrag bei „Leipzig liest“ (Leipziger Buchmesse 25.3.2017) www.imge.info/extdownloads/Leipzig_Vortrag.pdf